

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Susanne Ferschl, Gökyay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Ates Gürpınar, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt

Psychische Belastung bei der Arbeit hat viele Ursachen – steigende Arbeitsintensität, mangelnde soziale Unterstützung, überlange und ungünstige Verteilung der Arbeitszeit oder Umgebungsfaktoren wie Lärm, Beleuchtung oder Hitze. Als externe Faktoren belasten nach den Corona-Beschränkungen nun Krieg, Energiekrise und Inflation die abhängig Beschäftigten zusätzlich. Jüngste Daten der Techniker Krankenkasse (TK) bestätigen, dass psychische Erkrankungen unter den Top-3-Gründen für eine Krankschreibung liegen (<https://www.tk.de/presse/themen/praevention/gesunder-arbeitsplatz/arbeitgeber-studie-whats-next-2145326>).

Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) stellt fest, dass sich „angesichts der sich in der Arbeitswelt vollziehenden digitalen Transformation auch Veränderungen der psychischen Belastung bei der Arbeit“ ergeben (https://www.gda-portal.de/DE/GDA/3-GDA-Periode/AP-Psyche/AP-Psyche_node.html), und hat psychische Belastungen zu einem der Arbeitsschwerpunkte der dritten GDA-Periode (2021 bis 2024) erklärt.

Jedoch existiert weiterhin keine Anti-Stress-Verordnung, die aus Sicht der Fragesteller geeignet wäre, Beschäftigte vor den Auswirkungen psychischer Belastung bei der Arbeit zu schützen. Bereits am 3. Mai 2013 hatte der Bundesrat eine entsprechende Verordnung beschlossen (Bundesratsdrucksache 315/13).

Mit dieser Kleinen Anfrage soll der aktuelle Stand psychischer Belastungen in der Arbeitswelt und die diesbezüglichen Vorhaben der Bundesregierung erfragt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) in Millionen aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2020, 2021 und 2022, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosgruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branche und Alter differenzieren)?

2. Wie viele durchschnittliche AU-Tage je 100 Versicherte bzw. je 100 GKV (gesetzlicher Krankenversicherung)-Mitgliedsjahren in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2020, 2021 und 2022, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branchen und Alter differenzieren)?
3. Welche Wirtschaftszweige und Wirtschaftsabschnitte bzw. Berufsgruppen und Tätigkeiten weisen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2020, 2021 und 2022 besonders erhöhte Durchschnittszahlen bezüglich der „Tage je 100 Versicherte“ in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen auf (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
4. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2020, 2021 und 2022 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen vorzeitig in die Rente eingetreten, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Renteneintritten darstellen, bitte nach Geschlecht, Altersgruppen differenzieren)?
5. Auf wie viele Tage beliefen sich die durchschnittlichen Ausfallzeiten bei psychischen Erkrankungen in den Jahren 2020, 2021 und 2022, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2012 dar sowie jeweils im Vergleich zum Durchschnitt aller Erkrankungen (bitte nach Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2020, 2021 und 2022 schätzungsweise die Produktionsausfallkosten und Bruttowertschöpfungsausfälle, die durch psychische Erkrankungen verursacht wurden, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2012 dar (bitte nach Jahren differenzieren)?
7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft, für die eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde (bitte nach Betriebsgrößen und Branchen aufschlüsseln)?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, für wie viele Betriebe in den Jahren 2012 bis 2022 eine Fachkraft für Arbeitssicherheit bestellt wurde (bitte bundesweit und in Summe sowie nach Branchen geordnet darstellen und jeweils im prozentualen Verhältnis zu allen Betrieben darstellen, bitte jeweils nach betrieblichen und überbetrieblichen Fachkräften ausweisen)?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, für wie viele Betriebe in den Jahren 2012 bis 2022 ein Betriebsarzt bestellt wurde (bitte bundesweit und in Summe sowie nach Branchen geordnet darstellen und jeweils im prozentualen Verhältnis zu allen Betrieben darstellen, bitte jeweils nach betrieblichen und überbetrieblichen Betriebsärzten ausweisen)?

10. Wie häufig sind Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung unten genannten Faktoren psychischer Belastung ausgesetzt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen):
 - a) starker Termin und Leistungsdruck,
 - b) verschiedene Arbeiten gleichzeitig machen,
 - c) häufige Arbeitsunterbrechungen,
 - d) Arbeit an der Grenze der Leistungsfähigkeit,
 - e) Unterforderung,
 - f) monotones Arbeiten?
11. Wie häufig verfügen Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung über unten genannte Ressourcen, um psychischen Belastungen am Arbeitsplatz gewachsen zu sein (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen):
 - a) Einfluss auf die Arbeitsmenge,
 - b) selbst entscheiden, wann Pausen gemacht werden,
 - c) eigene Arbeit selbst planen,
 - d) Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen,
 - e) Unterstützung durch Vorgesetzte?
12. Wie viele Beschäftigte arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung sogenannte überlange Arbeitszeiten (bitte für die Jahre 2012bis 2022 und getrennt nach Geschlecht, Alter, Branche angeben)?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die gesundheitlichen Auswirkungen überlanger Arbeitszeiten?
14. Wie erklärt die Bundesregierung den weiterhin starken Anstieg psychisch bedingter Arbeitsunfähigkeit (bitte begründen und die herangezogenen Quellen benennen)?
15. Welche Vorhaben plant die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode, um psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu reduzieren (bitte ausführen und begründen)?

Berlin, den 20. November 2023

Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

